

Unterzeichnende des Positionspapiers:

Dr. Ines Advena	Dr. Bernd Helm	Dr. Margit Rogalla
Dr. Kathrin Arias Rodriguez	Dr. Margrit Herbst	Dr. Claudia Salzborn
Dr. Sigrid Arnade	Kathrin Herrmann	Dr. Karen Schemken
Clemens Arntz	Dr. Christiane Herweg	Nicki Schirm
Dr. Elisabeth Bachthaler	Rolf F. Herzel	Sonja Schirmer
Dr. Richard Bartels	Dr. Barbara Heun-Muench	Dr. Erik Schmid (A)
Dr. Burkhard Bauer	Wilhelm Höfer	Mahela-Naemi Schmidt
Dr. Christiane Baumgartl-Simons	Dr. Karen von Holleben	Ulrike Schmidt
Birgit Becker	Dr. Anita Idel	Dr. Wolf-Dieter Schmidt
Dr. Jürgen Block	Petra Kanzler	Dr. Silke Schönthaler
Dr. Wolfgang W. Boehle	Eva Kauderer-Röder	Dr. Jennifer Seeckts
Dr. Dietrich von Bomhard	Christoph Kerth	Anja Seebach
Dr. Katharina Bonitz	Dr. habil.	Renate Seidel
Sandra Brandl	Ilse Köhler-Rollefson	Brigitta Smit-Fornahl
Dr. Marion Busch	Isabelle Kordian	Jörg Sossenheimer
Dr. Eva Maria Dämmer	Michael Krah	Ulrike Spieker
Michaela Dämmrich	Ute Kurzbein	Dr. Ulrich Spielberger
Dr. Elke Deininger	Dr. Ralf Lang	Ulrich Stach
Dr. Michael Drees	Jeannette Lange	Dr. Ingrid Stanzel
Dr. Rupert Ebner	Dr. Jo-Ann Lawrence	Marianne Stock
Walter Egel-Weiß	Dr. Matthias Link	Dr. Hiltrud Straßer
Frank Ender	Dr. Kathrin Lösing	Dr. Andreas Striezel
Dr. Claudia Fehrenberg	Dr. Peter Christian Lovich	Heidi Stümges
Dr. Margit Feser	Dr. Herbert Lukaß	Dr. Christina Sultan
Dr. Hans-Heinrich Fiedler	Dr. Brigitte Lutz	Dr. Karin Thissen
Dr. Ulla Fincke	Prof. Dr. Jörg Luy	Dr. Kirsten Tönnies
Dr. Eva-Maria Fliedner	Dr. Henriette Mackensen	Dr. Christian Torp
Jutta Flohr	Dr. Evelyn Mathias	Nicole Tschierse
Dr. Hermann Focke	Dr. Madeleine Martin	Prof. Dr. Siegfried Ueberschär
Dr. Tanja Frey	Dr. Benno Neufeld	Karin Ulich
Dr. Hildegard Friedeborn	Dr. Ophelia Nick	Dr. Ingeborg Unbehauen
Annette Gauly	Dr. Carola Noack	Dr. Ralf Unna
Alois Gerster	Dr. Steffi Ober	Nick Veit
Dr. Sabine Gosch	Dr. Helga Oberwittler	Christin Veit
Dr. Kerstin Gottschall	Kerstin Paal	Peter Waltje
Dr. Walter Gränzer	Ulrike Peschel	Dr. Dieter Weins
Dr. Sandra Graf-Schiller	Dr. Julia Pfeiffer	Dr. Jochen Weins
Dr. Rolf Gramm	Karl Pfizenmaier	Katrin Weins
Dr. habil.	Diana Plange	Dr. Annerose Weiß
Dr. Franz P. Gruber	Dr. Anita Plenge-Bönig	Dr. Martin von Wenzlawowicz
Dr. Harald Grünau	Dr. Claudia Preuß-Ueberschär	Klaus Westphal
Tobias Guggenmos	Dr. Axel Reetz	Frigga Wirths
Sascha Hackemack	Kristin Resch	Dr. Peter Zimmer
Anke Hägele	Dr. Christiane Rester	Dr. Stefanie Zimmermann
Andrea Hagenlocher	Dr. Georg Rist	
Bianca Hanke	Dr. Reinhard Röder	
Dr. Rosemarie Heiß		

Das Forum besteht in Form einer Mailingliste, an der diejenigen, die Interesse an den Themen und den Aktivitäten des Forums haben, gerne teilnehmen können. Voraussetzung dafür ist u.a. die inhaltliche Unterstützung dieses Positionspapiers. Eine Homepage besteht bisher nicht.

Unterschriftenliste aktualisiert am: 06.09.2014



Tierärztliches Forum für verantwortbare Landwirtschaft

Positionspapier

Die Tierärztinnen und Tierärzte dieses Forums postulieren, dass die durch industrialisierte Landwirtschaft verursachten erheblichen Probleme systembedingt weiter zunehmen. Da die Bereiche Tierschutz und Medikamenteneinsatz in der beruflichen Zuständigkeit der Tierärzte liegen, nehmen gerade sie, die Tierärzte, im System eine Schlüsselposition ein. Ihnen fällt die Pflicht zu, sich dieser Aufgabe zu stellen und sie verantwortungsbewusst auszufüllen.

Landwirtschaft wird zunehmend industrialisiert und ökonomisiert, getrieben von global agierenden Chemie-, Pharma-, Düngemittel-, Gentechnik-, Futtermittel- und Tierzuchtkonzernen mit supranationalem Einfluss. Diese Entwicklung wird durch politische Rahmenbedingungen und öffentliche Gelder (Subventionen) gefördert, wodurch die Billigproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse massiv ausgeweitet werden konnte. Industrialisierte Landwirtschaft verbraucht hohe Mengen vorwiegend fossiler Energie und rentiert sich nur, weil das Verursacherprinzip nicht durchgesetzt wird: Die Kosten der kurz- und langfristigen Schäden für Mensch, Tier und Umwelt werden nicht von den Verursachern getragen, sondern auf Einzelne und/oder die jeweiligen Staaten abgewälzt und damit steuerfinanziert.

Auf diese Weise werden in unverantwortlichem Maße ökologische Lebensgrundlagen, Gesundheit, das soziale Miteinander der Menschen sowie das Wohl der Tiere geschädigt. Dabei wirkt die Forcierung des Fleischkonsums als eine der Hauptursachen für die Zunahme des Welthungers.

Im Einzelnen verschärft die Entwicklung eine Fülle miteinander verbundener Risiken:

- Zerstörung, Vergeudung und Verschmutzung der natürlichen Ressourcen: Boden und Bodenfruchtbarkeit, Wasser und Atmosphäre. Verlust der wilden ebenso wie der gezüchteten Artenvielfalt, Kontamination der Ökosysteme mit Nitraten, Pestiziden und Stoffen mit pharmakologischer Wirkung (Antibiotika, Hormone).
- Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch die Entstehung und Ausbreitung antibiotikaresistenter Keime in Intensivtierhaltungen

sowie chemische/pharmakologische Rückstände in Lebens- und Futtermitteln.

- Haltung von Nutztieren (besonders Schweinen und Geflügel) unter Bedingungen, die ihr Wohlbefinden, das Ausleben ihrer Bedürfnisse.
- und Verhaltensweisen erheblich beeinträchtigen, in denen Schmerzen und Leiden der Tiere einkalkuliert und den Tieren jegliche Würde genommen wird.
- Qualzucht durch Selektion auf Hochleistung, Anpassung an nicht tiergerechte Haltungsbedingungen durch Amputationen und andere Eingriffe sowie durch hohen Medikamenteneinsatz. Diese Praxis stellt eine Missachtung des als Staatsziel im Grundgesetz verankerten Schutzes der Tiere als unsere Mitgeschöpfe dar.
- Verdrängung kleinerer, regionaler Strukturen durch industrialisierte Großbetriebe, in denen die Betreuungsintensität der Tiere reduziert ist. Verbunden ist diese Entwicklung mit negativen sozialen Folgen für die Landbevölkerung und die Struktur des ländlichen Raumes insgesamt.
- Durch hohen Flächenverbrauch für eiweißreiche Importfuttermittel einerseits und (subventionierte) Exporte von Fleisch und anderen Agrargütern andererseits : Verlust von Ernährungsgrundlagen und –souveränität der Bevölkerung in der 3. Welt. Einheimische Lebensmittelproduktion, das Preisgefüge einheimischer Märkte und ganze Ökosysteme werden zerstört. Das alles verschärft massiv die Weltungersituation.

Ihre Schlüsselposition können viele Tierärzte unter diesen Bedingungen nur defizitär ausfüllen:

- Die Abhängigkeit der Nutztierpraktikerinnen und Nutztierpraktiker von der industrialisierten Tierhaltung und den ökonomischen Rahmenbedingungen nimmt zu, immer häufiger bestimmen daher Effizienzsteigerung und Sachzwänge tierärztliches Handeln.
- Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sind einem übermäßigen Druck aus Politik und Agrarwirtschaft ausgesetzt. Sie sind an den erheblichen Vollzugsdefiziten im Nutztierschutz beteiligt. So ist das Erteilen von Ausnahmegenehmigungen zur Durchführung von Eingriffen am Tier zur Anpassung an Haltungsbedingungen zum Regelfall geworden.

Viele Tierärzte fühlen sich diesem Druck weitgehend hilflos ausgesetzt und sehen kaum noch Freiräume für eigenverantwortliches Handeln im Sinne der Berufsordnung (Tierärzte als „berufene Schützer der Tiere“).

Es hat sich gezeigt, dass tierärztliche Arbeit an den systembedingten tierschutzrelevanten Symptomen und Begleiterscheinungen der industriemäßigen Tierhaltung nichts an der Grundproblematik verbessern konnte. Vielmehr wirkt fachlich gute Arbeit letztlich als Stütze des kranken Systems – ein Dilemma.

Trotz alledem betonen Vertreter der Politik im Verein mit der Landwirtschaftslobby stets, das deutsche Tierschutzgesetz sei das Beste, die Überwachung funktioniere und deshalb sei alle Kritik unangemessen. Die Probleme der Tierhaltung werden auf Managementfehler im einzelnen Bestand reduziert, anstatt sie als Folge des industriemäßigen Haltungssystems zu erkennen. Tierärztliche Standesvertreter dürfen diese Position nicht länger aufrechterhalten. Es gilt, im gesellschaftlichen Verbund Lösungen für diese Misere zu finden, anstatt Ursachen zu verschweigen und Missstände zu leugnen. Sowohl die agrarwissenschaftlichen, als auch die tiermedizinischen Ausbildungsstätten sind gefordert, einen kritischen Diskurs zum Thema einzuleiten und sich für die Entwicklung von Alternativen zu engagieren.

Tierärztliche Universitäten und Standes- und Verbandspolitik dürfen nicht länger zur weiteren Stabilisierung und Forcierung des agrarindustriellen Systems beitragen.

Im Sinne des Tierschutzes und der Lebensmittelqualität sind wir Tierärztinnen und Tierärzte jedoch verpflichtet, die Ambivalenz öffentlich zu machen und das Agrarsystem mit seinen weiter zunehmenden Bestandsgrößen, Bestandsdichten, hohem Infektionsdruck und Medikamenteneinsatz sowie das Ausmaß des Fleischkonsums auf allen Ebenen zu kritisieren, um damit glaubwürdig zu einem Systemwechsel beitragen zu können.

Von den Standes- und Verbandsvertretern fordern wir einen forcierten Diskurs über zukünftiges tierärztliches Wirken im Bereich der Nutztierhaltung, unabhängiges Denken sowie Distanz zu politischen und wirtschaftlichen Lobbyisten, auch, weil es im Interesse des gesamten Berufsstandes liegen muss, gesellschaftlich akzeptiert zu bleiben.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, unsere Position sowohl innerhalb des Berufsstandes als auch in der Öffentlichkeit zu vertreten und stehen einer Zusammenarbeit mit Initiativen gleicher Zielrichtung aufgeschlossen gegenüber.

Kontakt: Tieraerztliches-Forum@gmx.de